

PRESSEMITTEILUNG

Oranienburg, 17. Mai 2021

Umfrage des Bundeselternrats zur Bundesnotbremse und zu den Maßnahmen zum Aufholen der Lernrückstände

Die Umfrage, an der sich Eltern aus allen 16 Bundesländern beteiligten, startete am 30.04.2021 und endete nach 11 Tagen am 10.05.2021.

Die auszuwählenden Schularten entsprachen den Ausschüssen des Bundeselternrats, wobei 43% der Antworten von Vertretern der Grundschulen kamen. Die Gymnasien beteiligten sich mit 30%. Mit jeweils ca. 14% waren die Realschulen und Gesamtschulen vertreten.

Die Förderschulen und Berufsbildenden Schulen/Berufliche Gymnasien beteiligten sich sehr wenig.

Fast 70% der Eltern sind mit dem Inzidenzwert von 165 in der "Bundesnotbremse" unzufrieden.

Um die Lernrückstände aufzuholen, sind den Eltern in den einzelnen Bundesländern bisher nur wenige Maßnahmen bekannt. Eine Wiederholung des Schuljahres fordern 30% der Eltern und 14% eine Verlängerung des laufenden Schuljahres. Viele Eltern wünschen sich zusätzliche Angebote durch ausgebildete Lehrkräfte.

Der Bundeselternrat fordert, die Bedarfe der Schüler und Schülerinnen in den Blick zu nehmen und jedem Kind bzw. Jugendlichen ein Lernangebot zu unterbreiten. Nicht nur Leistung und Bildung darf im Vordergrund stehen, auch die Stärkung der Schulsozialarbeit muss gelingen. Bildung muss kostenlos bleiben und zum Aufholen der Lernrückstände sind gute Bedingungen zu schaffen.

Die Mehrheit der Eltern fordert Präsenzunterricht.

Ihr Ansprechpartner ist:

Bundeselternrat

E-Mail: info@bundeselternrat.de

Für Fragen und Stellungnahmen stehen wir gerne zur Verfügung